



Kein Wolf im Schafspelz

In der Türkei regieren Islamisten. Ihre extremen Ideologien haben sie ad acta gelegt

Von Elisabeth Knoblauch ■

>> **Nicht religiöse Gründe waren es**, sondern Protest gegen die etablierten Parteien, der im Jahre 2003 die »Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei« (AKP) in der Türkei an die Regierung brachte. Mit ihr erlangten die Islamisten die Macht. Gemäßigte zwar, doch die AKP stand in der Nachfolge der fundamentalistischen Refah-Partei von Necmettin Erbakan, die 1998 vom türkischen Verfassungsgericht wegen Volksverhetzung verboten worden war. Damit der Parteivorsitzende Recep Tayyip Erdoğan 2003 überhaupt zum Ministerpräsidenten gekürt werden konnte, musste erst ein Gesetz geändert werden, denn er hatte in den 90er Jahren wegen verfassungsfeindlicher Aussprüche vier Monate im Gefängnis gesessen.

Zweifel waren also angebracht. Besonders in Europa waren die Befürchtungen groß, die Türkei könne sich von einem laizistisch geprägten in ein fundamentalistisches Land verwandeln. Erdoğan hatte seine Lektion jedoch gelernt: »Die Religion ist Privatsache«, ließ er verlauten und verfolgt seitdem einen strikten Marsch seines Landes auf die Europäische Union hin. Dass es an manchen Stellen noch hapert, wie bei der Anerkennung der Republik Zypern, der Einhaltung der Menschenrechte oder der Vergangenheitsaufarbeitung, liegt eher am türkisch-kemalistischen Erbe. Die AKP kann heute als muslimisch-demokratische Partei verstanden werden, vergleichbar mit den westeuropäischen Christdemokraten.

Die islamistische Gefahr kommt aus dem Osten des Landes. Als im November 2003 in Istanbul bei Anschlägen auf zwei Synagogen und eine Bank 63 Menschen umkamen, war die türkische Öffentlichkeit geschockt darüber, dass es sich bei den Selbstmordattentätern um Türken handelte. Es waren Mitglieder der Kurdischen Hisbollah (KH). Eine Organisation, die in den Jahren nach 2000 fast vollständig vom türkischen Militär demontiert worden war: Tausende ihrer Mitglieder wurden verhaftet, der Anführer und Gründer Hüseyin Velioğlu ermordet. Damit, so hatte die Regierung in Ankara gehofft, sei die Organisation eliminiert worden. Doch die islamistische KH, die in den 80er Jahren mit Hilfe des Irans gegründet worden war und ihr Leitbild in der islamischen Revolution Khomeinis erkannte, scheint heute stärker denn je. Ihre Mitgliederzahl wird europaweit auf 20 000 Personen geschätzt, die in Verbänden, Sportclubs, Moscheen und kleinen Unternehmen miteinander vernetzt sind. Seit 2004 soll sie, nach Angaben des »Washington Institute for Near East Policy«, sogar Gelder von al-Qaida erhalten, die im Gegenzug ihr gut ausgebauten Netzwerk nutzt.

<<

Die Geister, die ich rief

Jahrzehntelang hat Saudi-Arabien radikalislamische Ideen in alle Welt exportiert. Nun werden die Herrscher selbst von Islamisten bedrängt

Von Florian Peil ■

>> **Saudi-Arabien gilt als die geistige Heimat** des islamistischen Terrorismus. Die Ideologie der Wahhabiya, einer radikal-puritanischen Interpretation des Islams, die in Saudi-Arabien so etwas wie die Staatsdoktrin ist, hat erheblich zur Entstehung und Verbreitung des weltweiten Dschihadismus beigetragen. »Der Schritt vom wahhabitischen Muslim zum gewaltbereiten Dschihadisten ist nur ein kleiner«, sagt Mansur Nugaidan, Kolumnist der saudischen Zeitung *al-Dschadid* und einer der schärfsten Kritiker der Wahhabiya. Denn beide beriefen sich auf die gleiche Denkweise.

Die Ideologie der Wahhabiya, die auf Muhammad ibn Abdal-Wahhab zurückgeht, ist von einer scharfen Unterscheidung in Gläubige und Ungläubige geprägt: Alle Nichtwahhabiten gelten als Ungläubige, die es zu bekämpfen gilt. Oberstes Ziel ist die Errichtung einer Gesellschaft, wie sie um den Propheten Muhammad im Medina des 7. Jahrhunderts bestand.

Die Herrschaft der Familie Al Saud beruht seit der Staatsgründung 1932 maßgeblich auf einer quasi-symbiotischen Zusammenarbeit mit den wahhabitischen Religionsgelehrten. Die Wahhabiya garantierte den Al Saud einerseits Legitimität, auf der anderen Seite lieferte sie jedoch auch die Richtschnur, an der die Herrscher ihr Verhalten messen lassen mussten.

Diese Politik der engen Verflechtung zwischen Religion und Staat wird nun immer mehr zum Problem. Denn die Zahl wahhabitischer Eiferer in Saudi-Arabien, die die Königsfamilie wegen ihrer unislamischen und korrupten Lebensweise kritisieren, wächst stetig. Auch die seit Jahrzehnten verfolgte Taktik des Königshauses, die Verbreitung des wahhabitischen Islams in aller Welt zu fördern, um vom eigenen verschwenderischen Lebensstil abzulenken, vermag die religiösen Eiferer nicht länger zu besänftigen. Die Islamisten sind mittlerweile zur größten Bedrohung der politischen Stabilität Saudi-Arabiens geworden – vor allem die militanten, wie die saudische Sektion von al-Qaida.

Nun droht dem Königshaus auch noch Gefahr von außen: die islamistische Exilopposition mit Sitz in London bläst täglich per Satellitenfernsehen zum Propagandaangriff auf das Königshaus – und erreicht damit ein Millionenpublikum. Und auch wenn Oppositionelle wie Saad al-Faqih und Muhammad al-Mas'ari, im Gegensatz zur saudischen Sektion von al-Qaida, bislang nur auf Propaganda setzen, ihr Ziel bleibt das gleiche: der Sturz des saudischen Regimes und die Errichtung eines islamistischen Staates in Saudi-Arabien.

<<

SAUDI-ARABIEN

